

Einnahmen-Überschuss-Rechnung

vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025

der

**Healthcare Frauen (HCF) e.V.,
Bodenheim**

SCHWERIN STEUERBERATUNGS-
GESELLSCHAFT MBH

DIPL.-KFM.
ANDREAS MAU
PARTNER
STEUERBERATER

TEL 0385 760 25 - 30
a.mau@mhl.de

RICHARD-WAGNER-STR. 39
19059 SCHWERIN
TEL 0385 76 025 - 0
FAX 0385 76 025 - 25

www.mhl.de

SITZ SCHWERIN
AG SCHWERIN HRB 7107

MITGLIED VON CROWE GLOBAL

Einnahmen-Überschuss-Rechnung

vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025

der

**Healthcare Frauen (HCF) e.V.,
Bodenheim**

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Blatt</u>
Vermögensübersicht zum 31. Dezember 2025	1 – 2
Einnahmen-Ausgaben-Überschussrechnung vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025	3 – 4
Bescheinigung	5
Kontennachweis zur Vermögensübersicht zum 31. Dezember 2025	6 – 7
Kontennachweis zur Überschussrechnung vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025	8 – 10
Allgemeine Geschäftsbedingungen	

Vermögensübersicht vom 01.01.2025 bis 31.12.2025

Healthcare Frauen (HCF) e.V. Förderung der Gleichberechtigung von Frau und Mann, Berlin

AKTIVA

	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		352,00
II. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen		25.000,00
Summe Anlagevermögen		25.352,00
B. Umlaufvermögen		
I. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		49.917,26
Summe Umlaufvermögen		49.917,26
		75.269,26

Vermögensübersicht vom 01.01.2025 bis 31.12.2025

Healthcare Frauen (HCF) e.V. Förderung der Gleichberechtigung von Frau und Mann, Berlin

PASSIVA

	EUR	EUR
A. Eigenkapital Verein		
I. Gewinnrücklagen		
1. Gebundene Rücklage		30.000,00
II. Ergebnisvortrag		70.818,18
III. Jahresergebnis		25.696,92-
Summe Eigenkapital		<u>75.121,26</u>
B. Verbindlichkeiten		
1. Sonstige Verbindlichkeiten		148,00
		<u><u>75.269,26</u></u>

Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG vom 01.01.2025 bis 31.12.2025

Healthcare Frauen (HCF) e.V. Förderung der Gleichberechtigung von Frau und Mann, Berlin

IDEELLER BEREICH

	EUR	EUR
A. EINNAHMEN		
1. Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Aufnahmegebühren und Umlagen	118.000,00	
2. Einnahmen	3.039,35	
3. Neutrale Einnahmen	<u>1.164,01</u>	122.203,36
SUMME EINNAHMEN		122.203,36
B. AUSGABEN		
1. Personalkosten		
a) Löhne und Gehälter	39.180,85	
b) Gesetzliche soziale Abgaben	17.204,07	
c) Freiwillige soziale Abgaben	<u>741,85</u>	57.126,77
2. Raumkosten		
a) Miete und Pacht		10.558,46
3. Steuern, Versicherungen und Beiträge		1.005,00
4. Werbe- und Reisekosten		26.643,04
5. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf Anlagevermögen	1.532,89	
b) Abschreibung auf geringwertige Anlagegüter	<u>399,00</u>	1.931,89
6. Verschiedene Ausgaben		51.075,55
Summe Ausgaben		148.340,71
SUMME AUSGABEN		148.340,71
C. JAHRESERGEBNIS		26.137,35-

Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG vom 01.01.2025 bis 31.12.2025

Healthcare Frauen (HCF) e.V. Förderung der Gleichberechtigung von Frau und Mann, Berlin

WIRTSCHAFTLICHER GESCHÄFTSBETRIEB

	EUR	EUR
A. AUSGABEN		
1. Steuern, Versicherungen und Beiträge		552,00
2. Umsatzsteuer-Zahlung		75,00
Summe Ausgaben		627,00
3. Neutrale Ausgaben		1.067,43-
SUMME AUSGABEN		440,43-
B. JAHRESERGEBNIS		440,43
C. STEUERLICHE KORREKTUREN		
Jahresergebnis		440,43
Hinzurechnungen		
1. Ausgaben		
a) Sonstige	1.067,43-	
b) Gewerbesteuer einschließlich Nebenleistungen	552,00	515,43-
Summe Hinzurechnungen		515,43-
D. STEUERLICHER VERLUST nach § 4 Abs. 3 EStG		75,00

Bescheinigung

Wir haben auftragsgemäß die vorstehende steuerliche Gewinnermittlung der

Healthcare Frauen (HCF) e.V., Bodenheim

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2025 unter Beachtung der steuerrechtlichen Vorschriften erstellt. Grundlage für die Erstellung waren die von uns geführten Aufzeichnungen, sowie die vorgelegten Unterlagen und die erteilten Auskünfte, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben.

Wir haben unseren Auftrag unter sinngemäßer Anwendung der Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durchgeführt.

Schwerin, 16. April 2026



MÖHRLE HAPP LUTHER Schwerin
Steuerberatungsgesellschaft mbH

(Andreas Mau)
Steuerberater

Kontennachweis zur Vermögensübersicht vom 01.01.2025 bis 31.12.2025

Healthcare Frauen (HCF) e.V. Förderung der Gleichberechtigung von Frau und Mann, Berlin

AKTIVA

Konto	Bezeichnung	EUR	EUR
	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		
650 0	Büroeinrichtung	351,00	
670 0	Geringwertige Wirtschaftsgüter	<u>1,00</u>	352,00
	Beteiligungen		
820 0	Beteiligungen		25.000,00
	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		
1800 0	ApoBank		49.917,26
			75.269,26

Kontennachweis zur Vermögensübersicht vom 01.01.2025 bis 31.12.2025

Healthcare Frauen (HCF) e.V. Förderung der Gleichberechtigung von Frau und Mann, Berlin

PASSIVA

Konto	Bezeichnung	EUR	EUR
	Gebundene Rücklage		
2090 0	Betriebsmittelrücklage		30.000,00
	Ergebnisvortrag		
2970 0	Gewinn-/Ergebnisvortrag vor Verwendung		70.818,18
	Jahresergebnis		
	Jahresergebnis		25.696,92-
	Sonstige Verbindlichkeiten		
1371 0	Verrechnung HCF GmbH		148,00
			75.269,26

Kontennachweis zur Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG vom 01.01.2025 bis 31.12.2025

Healthcare Frauen (HCF) e.V. Förderung der Gleichberechtigung von Frau und Mann, Berlin

IDEELLER BEREICH

Konto	Bezeichnung	EUR	EUR
	Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Aufnahmegebühren und Umlagen		
4000 0	Mitglieder	108.750,00	
4001 0	Juniormitglieder	7.750,00	
4002 0	Fördermitglieder	<u>1.500,00</u>	118.000,00
	Einnahmen		
4200 0	Erlöse		3.039,35
	Neutrale Einnahmen		
4839 0	Sonstige Erträge unregelmäßig	0,01	
4972 0	Erstattungen AufwendungsausgleichsG	<u>1.164,00</u>	1.164,01
	Löhne und Gehälter		
6020 0	Gehälter	69.013,25	
6021 0	Personalkostenumlage	30.000,00-	
6036 0	Pauschale Steuer für Minijobber	<u>167,60</u>	39.180,85
	Gesetzliche soziale Abgaben		
6110 0	Gesetzliche Sozialaufwendungen	16.417,95	
6120 0	Beiträge zur Berufsgenossenschaft	186,12	
6140 0	Aufwendungen für Altersvorsorge	<u>600,00</u>	17.204,07
	Freiwillige soziale Abgaben		
6130 0	Freiwillige soziale Aufwendung. LSt-frei		741,85
	Miete und Pacht		
6310 0	Miete, unbewegliche Wirtschaftsgüter		10.558,46
	Steuern, Versicherungen und Beiträge		
6400 0	Versicherungen		1.005,00
	Werbe- und Reisekosten		
6600 0	Werbekosten	13.040,87	
6610 0	Geschenke abzugsfähig ohne § 37b EStG	48,85	
6611 0	Geschenke abzugsfähig mit § 37b EStG	476,00	
6630 0	Repräsentationskosten	12.351,99	
6643 0	Aufmerksamkeiten	120,00	
6663 0	Reisekosten Fahrtkosten	<u>605,33</u>	26.643,04
	Abschreibungen auf Anlagevermögen		
6220 0	Abschreibungen auf Sachanlagen		1.532,89
	Abschreibung auf geringwertige Anlagegüter		
6260 0	Sofortabschreibung GWG		399,00
	Verschiedene Ausgaben		
6300 0	Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.776,10	
6301 0	Verwaltungskosten	28.372,32	
6800 0	Porto	234,52	
6805 0	Telefon	627,73	
Übertrag		<u>41.010,67-</u>	24.938,20

Kontennachweis zur Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG vom 01.01.2025 bis 31.12.2025

Healthcare Frauen (HCF) e.V. Förderung der Gleichberechtigung von Frau und Mann, Berlin

IDEELLER BEREICH

Konto	Bezeichnung	EUR	EUR
Übertrag		41.010,67-	24.938,20
	Verschiedene Ausgaben		
6815 0	Bürobedarf	1.433,96	
6820 0	Zeitschrift./Bücher/dig.Medien(Fachlit.)	95,00	
6830 0	Buchführungskosten	7.076,34	
6835 0	Mieten für Einrichtungen bewegliche WG	549,99	
6837 0	Aufwendungen für Lizenzen, Konzessionen	373,54	
6850 0	Sonstiger Betriebsbedarf	305,18	
6855 0	Nebenkosten des Geldverkehrs	<u>230,87</u>	51.075,55
	JAHRESERGEBNIS		26.137,35-

Kontennachweis zur Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG vom 01.01.2025 bis 31.12.2025

Healthcare Frauen (HCF) e.V. Förderung der Gleichberechtigung von Frau und Mann, Berlin

WIRTSCHAFTLICHER GESCHÄFTSBETRIEB

Konto	Bezeichnung	EUR	EUR
	Steuern, Versicherungen und Beiträge		
7610 0	Gewerbsteuer		552,00
	Umsatzsteuer-Zahlung		
3844 0	Umsatzsteuerverbindlichk. frühere Jahre		75,00
	Neutrale Ausgaben		
7603 0	Körperschaftsteuer für Vorjahre	398,98	
7604 0	Körperschaftsteuererstattung Vorjahre	<u>1.466,41-</u>	1.067,43-
	JAHRESERGEBNIS		440,43
	STEUERLICHE KORREKTUREN		
	Jahresergebnis		
	Jahresergebnis		440,43
	Sonstige		
7603 0	Körperschaftsteuer für Vorjahre	398,98	
7604 0	Körperschaftsteuererstattung Vorjahre	<u>1.466,41-</u>	1.067,43-
	Gewerbsteuer einschließlich Nebenleistungen		
7610 0	Gewerbsteuer		552,00
	STEUERLICHER VERLUST nach § 4 Abs. 3 EStG		75,00

Allgemeine Geschäftsbedingungen für Steuerberater und steuerberatende Berufsausübungsgesellschaften

Stand: Januar 2025

Die folgenden „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ gelten für Verträge¹ zwischen Steuerberatern² und steuerberatenden Berufsausübungsgesellschaften (im Folgenden „Steuerberater“ genannt) und ihren Auftraggebern, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

1. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Für den Umfang der vom Steuerberater zu erbringenden Leistungen ist der erteilte Auftrag maßgebend. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung unter Beachtung der einschlägigen berufsrechtlichen Normen und der Berufspflichten (vgl. StBerG, BOSTb) ausgeführt.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf einer ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.
- (3) Ändert sich die Rechtslage nach abschließender Erledigung einer Angelegenheit, so ist der Steuerberater nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf die Änderung oder die sich daraus ergebenden Folgen hinzuweisen. Etwas anderes gilt nur, wenn dies ausdrücklich in Textform vereinbart wird.
- (4) Die Prüfung der Richtigkeit, Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit der dem Steuerberater übergebenen Unterlagen und Zahlen, insbesondere der Buchführung und Bilanz, gehört nur zum Auftrag, wenn dies in Textform vereinbart ist. Der Steuerberater wird die vom Auftraggeber gemachten Angaben, insbesondere Zahlenangaben, als richtig zu Grunde legen. Soweit er offensichtliche Unrichtigkeiten feststellt, wird er den Auftraggeber darauf hinweisen.
- (5) Der Auftrag stellt keine Vollmacht für die Vertretung vor Behörden, Gerichten oder sonstigen Stellen dar. Diese ist gesondert zu erteilen. Ist wegen der Abwesenheit des Auftraggebers eine Abstimmung mit diesem über die Einlegung von Rechtsbehelfen oder Rechtsmitteln nicht möglich, ist der Steuerberater im Zweifel zu fristwährenden Handlungen berechtigt.

2. Verschwiegenheitspflicht

- (1) Der Steuerberater ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrags zur Kenntnis gelangen, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, der Auftraggeber entbindet ihn von dieser Verpflichtung. Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Auftragsverhältnisses fort. Die Verschwiegenheitspflicht besteht im gleichen Umfang auch für die Mitarbeiter des Steuerbersaters.
- (2) Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit die Offenlegung zur Wahrung berechtigter Interessen des Steuerbersaters erforderlich ist. Der Steuerbersater ist auch insoweit von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, als er nach den Versicherungsbedingungen seiner Berufshaftpflichtversicherung zur Information und Mitwirkung verpflichtet ist.
- (3) Gesetzliche Auskunfts- und Aussageverweigerungsrechte, u. a. nach § 102 AO, § 53 StPO und § 383 ZPO, bleiben unberührt.
- (4) Der Steuerbersater ist von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, soweit dies zur Bestellung eines allgemeinen Vertreters (§ 69 StBerG) oder zur Durchführung eines Zertifizierungsaudits in der Kanzlei des Steuerbersaters erforderlich ist und die insoweit tätigen Personen ihrerseits über ihre Verschwiegenheitspflicht belehrt worden sind. Der Auftraggeber erklärt sich damit einverstanden, dass durch den allgemeinen Vertreter oder den Zertifizierer/Auditor Einsicht in seine – vom Steuerbersater angelegte und geführte – Handakte genommen wird.

3. Mitwirkung Dritter

Der Steuerbersater ist berechtigt, zur Ausführung des Auftrags Mitarbeiter und unter den Voraussetzungen des § 62a StBerG auch externe Dienstleister (insbesondere datenverarbeitende Unternehmen) heranzuziehen. Die Beteiligung fachkundiger Dritter zur Mandatsbearbeitung (z. B. andere Steuerbersater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwölte) bedarf der Einwilligung und des Auftrags des Auftraggebers. Der Steuerbersater ist nicht berechtigt und verpflichtet, diese Dritten ohne Auftrag des Auftraggebers hinzuzuziehen.

4. Elektronische Kommunikation, Datenschutz³

- (1) Der Steuerbersater ist berechtigt, personenbezogene Daten des Auftraggebers im Rahmen der erteilten Aufträge maschinell zu erheben und in einer automatisierten Datei zu verarbeiten oder einem Dienstleistungsrechenzentrum zur weiteren Auftragsverarbeitung zu übertragen.
- (2) Der Steuerbersater ist berechtigt, in Erfüllung seiner Pflichten nach der DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetz einen Beauftragten für den Datenschutz zu bestellen. Sofern dieser Beauftragte für den Datenschutz nicht bereits nach Ziff. 2 Abs. 1 Satz 3 der Verschwiegenheitspflicht unterliegt, hat der Steuerbersater dafür Sorge zu tragen, dass der Beauftragte für den Datenschutz sich mit Aufnahme seiner Tätigkeit zur Wahrung des Datengeheimnisses verpflichtet.
- (3) Der Auftraggeber wird darauf hingewiesen, dass die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel (E-Mail etc.) mit Risiken für die Vertraulichkeit der Kommunikation verbunden sein kann. In Kenntnis dessen stimmt der Auftraggeber der Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel durch den Steuerbersater zu.

5. Mängelbeseitigung

- (1) Bei etwaigen Mängeln ist dem Steuerbersater Gelegenheit zur Nachbesserung zu geben.
- (2) Offenbare Unrichtigkeiten (z. B. Schreibfehler, Rechenfehler) können vom Steuerbersater jederzeit, auch Dritten gegenüber, berichtigt werden. Sonstige Mängel darf der Steuerbersater Dritten gegenüber mit Einwilligung des Auftraggebers berichtigen. Die Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn berechnigte Interessen des Steuerbersaters den Interessen des Auftraggebers vorgehen.

6. Haftung

- (1) Der Anspruch des Auftraggebers aus dem Auftragsverhältnis mit dem Steuerbersater auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens wird auf 1.000.000,00 €⁴ (in Worten: eine Million €) begrenzt.⁵
Die Haftungsbegrenzung bezieht sich allein auf Fahrlässigkeit. Die Haftung für Vorsatz bleibt insoweit unberührt. Von der Haftungsbegrenzung ausgenommen sind Haftungsansprüche für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Die Haftungsbegrenzung gilt für die gesamte Tätigkeit des Steuerbersaters für den Auftraggeber, also insbesondere auch für eine Ausweitung des Auftragsinhalts; einer erneuten Vereinbarung der Haftungsbegrenzung bedarf es insoweit nicht. Die Haftungsbegrenzung gilt auch gegenüber Dritten, soweit diese in den Schutzbereich des Auftragsverhältnisses fallen; § 334 BGB wird insoweit ausdrücklich nicht abbedungen. Einzelvertragliche Haftungsbegrenzungsvereinbarungen gehen dieser Regelung vor, lassen die Wirksamkeit dieser Regelung jedoch – soweit nicht ausdrücklich anders geregelt – unberührt.

1 Bei online abgeschlossenen Verträgen mit Verbrauchern ist der DWS-Vordruck Nr. 1130 „Muster-Widerrufsbelehrung, Muster-Zustimmungserklärung und Muster-Widerrufsformular für online abgeschlossene Verbrauchermandate“ zu beachten. **Auf die weiterführenden Hinweise im DWS-Merkblatt Nr. 1001 wird verwiesen.**

2 Der Begriff „Steuerbersater“ umfasst jeweils auch Steuerbevollmächtigte.

3 Zur Verarbeitung personenbezogener Daten muss zudem eine Rechtsgrundlage aus Art. 6 DSGVO einschlägig sein. Der Steuerbersater muss außerdem die Informationspflichten gem. Art. 13 oder 14 DSGVO durch Übermittlung zusätzlicher Informationen erfüllen. **Hierzu sind die Hinweise und Erläuterungen im DWS-Hinweisblatt Nr. 1007 zu den DWS-Vordrucken Nr. 1005 „Datenschutzinformationen für Mandanten“ und Nr. 1006 „Datenschutzinformation zur Verarbeitung von Beschäftigten-daten“ zu beachten.**

4 Bitte Betrag einsetzen. Für die Wirksamkeit dieser Haftungsbegrenzung muss bei einer Einzelkanzlei ein Betrag von mindestens 1 Mio. € angegeben werden und die vertragliche Versicherungssumme muss mindestens auch in dieser Höhe bestehen; anderenfalls ist die Ziffer 6 nicht rechtswirksam. Für Berufsausübungsgesellschaften gelten höhere Beträge (siehe Fn. 5). **Auf die weiterführenden Hinweise im DWS-Merkblatt Nr. 1001 wird verwiesen.**

5 Nach § 55f Abs. 1 StBerG ist jede Berufsausübungsgesellschaft, gleich welcher Rechtsform, zum Abschluss und zur Unterhaltung einer Berufshaftpflichtversicherung verpflichtet. Differenziert geregelt ist die Höhe der erforderlichen Versicherungssumme, je nachdem, ob durch die Rechtsform eine Beschränkung der Haftung vorliegt (vgl. § 55f Abs. 2 und 3 StBerG). Nach § 67a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StBerG kann die Haftung durch allgemeine Geschäftsbedingungen auf den vierfachen Betrag der Mindestversicherungssumme begrenzt werden, wenn insoweit Versicherungsschutz besteht. Die vertragliche Versicherungssumme muss den Vorgaben hinsichtlich des einzelnen Schadensfalles entsprechen; anderenfalls ist die Ziffer 6 nicht wirksam. **Auf die Hinweise im DWS-Merkblatt Nr. 1001 wird verwiesen.**



- (2) Die Haftungsbegrenzung gilt, wenn entsprechend hoher Versicherungsschutz bestanden hat, rückwirkend von Beginn des Mandatsverhältnisses bzw. dem Zeitpunkt der Höherversicherung an und erstreckt sich, wenn der Auftragsumfang nachträglich geändert oder erweitert wird, auch auf diese Fälle.
- (3) Die Erteilung mündlicher Auskünfte gehört nicht zu den vertraglichen Hauptleistungspflichten des Steuerberaters. Sie bergen die Gefahr insbesondere einer unvollständigen mündlichen Darlegung des zu beurteilenden Sachverhalts sowie von Missverständnissen zwischen Steuerberater und Auftraggeber. Deshalb wird vereinbart, dass der Steuerberater nur für in Textform erteilte Auskünfte einzutreten hat und die Haftung für fahrlässig falsche mündliche Auskünfte des Steuerberaters oder seiner Mitarbeiter ausgeschlossen ist.
- (4) Schadensersatzansprüche des Auftraggebers, mit Ausnahme solcher aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, verjähren in 18 Monaten zum Jahresende ab Kenntnis oder grob fahrlässiger Unkenntnis des Auftraggebers von den Ansprüchen, spätestens aber in fünf Jahren zum Jahresende ab der Anspruchsentstehung. Maßgeblich ist die früher endende Frist.

7. Pflichten des Auftraggebers; unterlassene Mitwirkung und Annahmeverzug des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber ist zur Mitwirkung verpflichtet, soweit es zur ordnungsgemäßen Erledigung des Auftrags erforderlich ist. Insbesondere hat er dem Steuerberater unaufgefordert alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen vollständig und so rechtzeitig zu übergeben, dass dem Steuerberater eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht. Entsprechendes gilt für die Unterrichtung über alle Vorgänge und Umstände, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Mitteilungen des Steuerberaters zur Kenntnis zu nehmen und bei Zweifelsfragen Rücksprache zu halten.
- (2) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit des Steuerberaters oder seiner Erfüllungsgehilfen beeinträchtigen könnte.
- (3) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Arbeitsergebnisse des Steuerberaters nur mit dessen Einwilligung weiterzugeben, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.
- (4) Setzt der Steuerberater beim Auftraggeber Datenverarbeitungsprogramme ein, so ist der Auftraggeber verpflichtet, den Hinweisen des Steuerberaters zur Installation und Anwendung der Programme nachzukommen. Des Weiteren ist der Auftraggeber verpflichtet, die Programme nur in dem vom Steuerberater vorgeschriebenen Umfang zu nutzen, und er ist auch nur in dem Umfang zur Nutzung berechtigt. Der Auftraggeber darf die Programme nicht verbreiten. Der Steuerberater bleibt Inhaber der Nutzungsrechte. Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was der Ausübung der Nutzungsrechte an den Programmen durch den Steuerberater entgegensteht.
- (5) Unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Ziff. 7 Abs. 1 bis 4 oder anderweitig obliegende Mitwirkung oder kommt er mit der Annahme der vom Steuerberater angebotenen Leistung in Verzug, so ist der Steuerberater berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen. Unberührt bleibt der Anspruch des Steuerberaters auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Steuerberater von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

8. Urheberrechtsschutz

Die Leistungen des Steuerberaters stellen dessen geistiges Eigentum dar. Sie sind urheberrechtlich geschützt. Eine Weitergabe von Arbeitsergebnissen außerhalb der bestimmungsgemäßen Verwendung ist nur mit vorheriger Zustimmung des Steuerberaters in Textform zulässig.

9. Vergütung, Vorschuss und Aufrechnung

- (1) Die Vergütung (Gebühren und Auslagensatz) des Steuerberaters für seine Berufstätigkeit nach § 33 StBerG bemisst sich nach der Steuerberatervergütungsverordnung (StBVV). Eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung kann in Textform vereinbart werden. Die Vereinbarung einer niedrigeren Vergütung ist nur in außergerichtlichen Angelegenheiten zulässig. Sie muss in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistung, der Verantwortung und dem Haftungsrisiko des Steuerberaters stehen.
- (2) Für Tätigkeiten, die in der StBVV keine Regelung erfahren (z. B. § 57 Abs. 3 Nr. 2 und 3 StBerG), gilt die vereinbarte Vergütung, anderenfalls die für diese Tätigkeit vorgesehene gesetzliche Vergütung, ansonsten die übliche Vergütung (§§ 612 Abs. 2 und 632 Abs. 2 BGB).
- (3) Eine Aufrechnung gegenüber einem Vergütungsanspruch des Steuerberaters ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig. Etwaige Ansprüche des Auftraggebers auf Rückzahlung einer gezahlten Vergütung verjähren in 18 Monaten zum Jahresende nach Zugang der Rechnung beim Auftraggeber.
- (4) Für bereits entstandene und voraussichtlich entstehende Gebühren und Auslagen kann der Steuerberater einen Vorschuss fordern. Wird der geforderte Vorschuss nicht gezahlt, kann der Steuerberater nach vorheriger Ankündigung seine weitere Tätigkeit für den Auftraggeber einstellen, bis der Vorschuss eingeht. Der Steuerberater wird seine Absicht, die Tätigkeit einzustellen, dem Auftraggeber rechtzeitig bekanntgeben, wenn dem Auftraggeber Nachteile aus einer Einstellung der Tätigkeit erwachsen können. Für den Steuerberater ist eine Verrechnung von Vorschüssen mit allen fälligen Forderungen aus dem Auftragsverhältnis möglich, unabhängig davon, für welche Tätigkeit der Vorschuss gefordert wurde.
- (5) Der Auftraggeber kommt in Verzug, wenn er nicht innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungsdatum zahlt.

10. Beendigung des Auftrags

- (1) Der Auftrag endet mit Erfüllung der vereinbarten Leistungen, durch Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder durch Kündigung. Der Auftrag endet nicht durch den Tod, durch den Eintritt der Geschäftsunfähigkeit des Auftraggebers oder im Falle einer Gesellschaft durch deren Auflösung.
- (2) Der Auftrag kann – wenn und soweit er einen Dienstvertrag i. S. d. §§ 611, 675 BGB darstellt – von jedem Vertragspartner außerordentlich gekündigt werden, es sei denn, es handelt sich um ein Dienstverhältnis mit festen Bezügen, § 627 Abs. 1 BGB; die Kündigung hat in Textform zu erfolgen. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer Vereinbarung zwischen Steuerberater und Auftraggeber.
- (3) Mit Beendigung des Auftrags hat der Auftraggeber dem Steuerberater die beim Auftraggeber zur Ausführung des Auftrags eingesetzten Datenverarbeitungsprogramme einschließlich angefertigter Kopien sowie sonstige Programmunterlagen unverzüglich herauszugeben bzw. zu löschen.
- (4) Nach Beendigung des Auftragsverhältnisses sind die Unterlagen beim Steuerberater abzuholen.
- (5) Endet der Auftrag vor seiner vollständigen Ausführung, so richtet sich der Vergütungsanspruch des Steuerberaters nach den gesetzlichen Regelungen, insbesondere § 12 Abs. 4 StBVV. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer gesonderten Vereinbarung in Textform.

11. Zurückbehaltungsrecht in Bezug auf Arbeitsergebnisse und Unterlagen

- (1) Der Steuerberater kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten oder dies im Wege der elektronischen Datenverarbeitung vornehmen.
- (2) Der Steuerberater kann die Herausgabe der Dokumente verweigern, bis er wegen seiner Gebühren und Auslagen befriedigt ist (§ 66 Abs. 3 StBerG). Hinsichtlich der Arbeitsergebnisse gilt ein vertragliches Zurückbehaltungsrecht als vereinbart.

12. Gerichtsstand, Erfüllungsort, Information VSBG

- (1) Für den Auftrag, seine Ausführung und sich hieraus ergebende Ansprüche gilt ausschließlich deutsches Recht. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist, sofern der Auftraggeber Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, die berufliche Niederlassung des Steuerberaters. Dies gilt auch für den Fall, dass der Auftraggeber nach Auftragserteilung seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort in das Ausland verlegt oder der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthaltsort im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt sind.
- (2) Der Steuerberater ist nicht bereit, an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen (§§ 36, 37 VSBG).⁶

13. Wirksamkeit bei Teilnichtigkeit

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Geschäftsbedingungen unwirksam sein oder werden, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt.

⁶ Falls die Durchführung von Streitbeilegungsverfahren vor der Verbraucherschlichtungsstelle gewünscht ist, ist das Wort „nicht“ zu streichen. Auf die zuständige Verbraucherschlichtungsstelle ist in diesem Fall unter Angabe von deren Anschrift und Website hinzuweisen.